

Zunehmende Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau als Chance für Belarus?

Karbalewitsch, Walerij

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Karbalewitsch, W. (2013). Zunehmende Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau als Chance für Belarus? *Belarus-Analysen*, 15, 7-9. <https://doi.org/10.31205/BA.015.04>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

und in einigen Branchen, wie im Internationalen Logistik-Bereich, an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt. Diese Probleme entfallen nun. Hingegen kann die Einbeziehung der Ukraine in das »eurasische« Integrationsprojekt in der jetzigen Situation für Belarus praktische Vorteile bringen, da sich hierdurch der Handlungsspielraum für die eigene Interessenvertretung in Moskau vergrößert.

In strategischer Hinsicht dürfte der Effekt jedoch ein negativer sein. Denn die Ukraine wird einen beträchtlichen Teil der Aufmerksamkeit und der finanziellen Ressourcen binden, wodurch sich automatisch die Bedeutung von Belarus für Russland verringern wird. Als Folge hiervon dürften sich die Beziehungen zwischen Belarus und Russland weiter verschlechtern. Aber es muss nochmals betont werden, dass die weitere Entwicklung von dem Ausgang der Ereignisse in der Ukraine abhängt.

Wirtschaftsfragen als Schlüssel

Mit dem Angebot von Außenminister Makej, mit der EU Verhandlungen über ein Visaerleichterungsabkommen aufzunehmen, hat Belarus beim EU-Gipfel in Vilnius die Bereitschaft zu einem begrenzten Dialog mit

der Europäischen Union demonstriert. Dieses Verhalten ist nichts grundsätzlich Neues oder Unerwartetes. Zudem war diese Frage nur ein Randthema auf dem Gipfel. Angesichts der anhaltenden globalen Wirtschaftskrise müssen insgesamt die wirtschaftlichen Komponenten der Initiative gestärkt werden, um die Effektivität der Initiative »Östliche Partnerschaft« zu verbessern. Gleichzeitig muss die EU der politischen Situation in der Gesamtregion mehr Aufmerksamkeit widmen, insbesondere dem Einfluss Russlands und anderer großer Staaten.

Der multilaterale Ansatz kann die Entwicklung von bilateralen Beziehungen mit einzelnen Staaten nicht ersetzen, sondern ihnen nur eine zusätzliche Dimension geben. Es wäre ein Fehler, Russland als dritten Akteur in die Beziehungen zwischen der EU und den Ländern der Region einzubeziehen – vor allem weil Russland sein eigenes Integrationsprojekt in Gestalt der Zollunion als Gegengewicht zur EU verfolgt. Dieses Projekt ist vor allem politisch motiviert, so dass die EU im Falle der Einbeziehung Russlands ihre Politik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten von den politischen Ambitionen und Interessen Russlands abhängig machen würde.

Über den Autor:

Andrej Kasakewitsch, Politikwissenschaftler, ist Direktor des Instituts für politische Studien in Minsk und Herausgeber der politikwissenschaftlichen Zeitschrift »Polititscheskaja sfera« (<www.palityka.org>).

Lesetipp:

»Andrej Kasakewitsch: Nelsja skasat chto Belarus idjot swoim putjom« [Andrej Kasakewitsch: Es ist nicht korrekt zu sagen, dass Belarus seinen eigenen Weg geht], in: Swobodnye nowosti-pljus, 9.9.2013, <<http://www.sn-plus.com/ru/page/mainevents/3249/>>

Zunehmende Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau als Chance für Belarus?

Walerij Karbalewitsch, Minsk

Gemischte Bilanz

Der EU-Gipfel in Vilnius ist insgesamt erfolgreich erlaufen, doch sind die Probleme unübersehbar. Von den vier Staaten, mit denen die Integration vertieft werden sollte, haben nur Georgien und Moldowa die ausgehandelten Assoziationsabkommen paraphrasiert. Armenien erklärte hingegen bereits im September – nach einem Gespräch seines Staatsoberhauptes mit dem russischen Präsidenten –, dass es der Zollunion beitreten wolle. Kurz vor dem Gipfel veränderte auch der ukrainische Präsident nach einem Besuch in Moskau seine Position. Dabei ist die ukrainische Entscheidung von größerer Tragweite. Die Entscheidung von Präsident Viktor Janukowitsch hat ein solches politisches Erdbeben

im Lande ausgelöst, dass er wahrscheinlich selbst nicht mehr froh ist über seinen Schritt.

Russland hat selbstverständlich alle erdenklichen Hebel benutzt, um die Ukraine Richtung Osten zu wenden. Doch warum verfügte Moskau über mehr Einflussmöglichkeiten als Brüssel? Die Initiative »Östliche Partnerschaft«, die 2009 aufgelegt wurde, setzt auf die gleiche Logik, welche die EU bereits in ihrer Erweiterungspolitik angewandt hat und die sich in der Formel »more for more« ausdrückt. D. h. je tiefgreifender politische und wirtschaftliche Reformen zur Umsetzung europäischer Standards von den postsowjetischen Staaten durchgeführt werden, desto intensiver soll die Unterstützung von Seiten der Europäischen Union ausfallen.

Defizite der EU-Politik

Dies ist ein schönes Konzept. Doch der Gipfel in Vilnius hat gezeigt, dass die Realität eine andere ist. Das Prinzip, das gegenüber den Ländern Mitteleuropas und des Baltikums hervorragend funktioniert hat, erweist sich gegenüber den Mitgliedern der »Östlichen Partnerschaft« als ineffektiv. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Vor allem ist der Lohn, den die EU diesen Ländern für ihre Mühen bietet, zu klein. Ihnen wird keine vollwertige Mitgliedschaft angeboten, sondern lediglich unterschiedliche Kooperationsformen. Das Fehlen der Beitrittsperspektive hätte mit Geld kompensiert werden können. Westliche Experten erwähnen oft, dass die finanzielle Unterstützung durch den amerikanischen Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle gespielt hat, um die Expansion der Sowjetunion einzudämmen. Die reichere EU könnte in dieser Hinsicht leicht Russland als Konkurrenten um die Kontrolle in Osteuropa und im Kaukasus ausschalten.

Das Problem besteht darin, dass die EU nicht bereit ist, bedeutende Ressourcen in das Projekt »Östliche Partnerschaft« zu investieren. Im vergangenen Jahr standen für alle sechs Partnerländer insgesamt 600 Mio. Euro zur Verfügung. Zum Vergleich: Allein Belarus hat in 2012 von Russland etwa 10 Mrd. US-Dollar erhalten. Eine Ursache hierfür ist die Wirtschaftskrise in der EU, die sie zwingt viel Geld für die Rettung einzelner Mitgliedsstaaten, wie Griechenland, aufzubringen. Zudem hat die EU keine Russland vergleichbaren imperialen Ambitionen, welche einen hohen Mitteleinsatz legitimieren würden. In den EU-Ländern wird der Staatshaushalt im Unterschied zu Russland durch die Gesellschaft mittels des Parlaments kontrolliert. Und die Wähler in Portugal oder Irland verstehen nicht, warum ihr Geld für irgendwelche geopolitischen Projekte in weit entfernten Ländern verwendet werden soll.

Fisch statt Angel

Die EU setzte darauf, die Länder der »Östlichen Partnerschaft« allein aufgrund der Attraktivität ihres sozialen Modells europäisieren zu können – nach dem Prinzip, im Unterschied zu Russland geben wir Euch keinen Fisch, sondern eine Angel. Sie hat damit gerechnet, dass die Perspektive auf zukünftigen Wohlstand sich als gewichtiger erweisen würde als die jetzt greifbaren russischen Subventionen. Doch diese Rechnung ist nicht aufgegangen, da das europäische Sozialmodell angesichts der Wirtschaftskrise in Europa viel von seiner Attraktivität verloren hat. Hinzu kommt, dass die postsowjetischen Gesellschaften mental weniger auf die Marktwirtschaft und die Demokratie vorbereitet waren als die Menschen in Mitteleuropa und im Baltikum. Für die politischen Führungen ist es einfacher ohne Demokratie zu regieren und sie

bevorzugen autoritäre Methoden. Aber auch die Menschen sind nicht bereit, eine neue Lebensweise anzunehmen – wobei ich mich freuen würde, wenn die Proteste auf dem Kiewer Maidan diese These widerlegen würden. Denn alle wirtschaftlichen und politischen Reformen sind stets schmerzhaft und mit psychischem Stress verbunden. EU-Hilfe ist freilich nur mit Veränderungen zu haben, während Russland in der Regel nicht für Reformen, sondern für die Erhaltung des Status quo zahlt.

Ukraine als Konkurrent

Die ukrainische Entscheidung, das Assoziationsabkommen mit der EU nicht zu unterschreiben, hat in mehrfacher Hinsicht Auswirkungen für Belarus:

1. Hätte die EU beim Gipfel in Vilnius alle geplanten Abkommen mit Armenien, Georgien, Moldowa und der Ukraine realisieren können, dann wäre beim Gipfel sehr sichtbar gewesen, dass Belarus nicht an den zentralen europäischen Prozessen beteiligt ist. Die Kehrtwende von Armenien und der Ukraine hatte jedoch zur Folge, dass die Außenseiterposition von Belarus nicht derart offensichtlich war. Lukaschenka kann nun vielmehr behaupten, dass er stets konsequent gewesen sei und im Unterschied zu anderen Staatshäuptern keinen Zick-Zack-Kurs betreibe. Dies ist für das offizielle Minsk ein Plus.
2. Russland muss nun Armenien und der Ukraine deutlich mehr wirtschaftliche Unterstützung erweisen, um beide Länder in seinem Einflusskreis zu halten. Damit verschärft sich die Konkurrenz um russische Ressourcen. Da die Ukraine für Russland eine höhere außenpolitische Bedeutung hat, könnten sich die russischen Subventionen für die belarussische Wirtschaft verringern.
3. Die Proteste auf dem Maidan in Kiew geben ein Beispiel, wie die Bürger eines Nachbarstaates Druck auf ihre Politiker ausüben. Lukaschenka hat große Furcht vor Straßenprotesten. Darin liegt eine weitere negative Auswirkung der aktuellen Ereignisse.

Im Unterschied zum EU-Gipfel in Warschau vor zwei Jahren hat das offizielle Minsk dieses Jahr in Vilnius für keinen Skandal gesorgt. Zur Erinnerung: Damals hatte die belarussische Delegation, die lediglich vom belarussischen Botschafter in Polen geleitet wurde, den Gipfel demonstrativ vorzeitig verlassen. In diesem Sinne kann man von einem Fortschritt sprechen. Zudem zeugt die Erklärung von Außenminister Makej, dass Belarus nun zu Verhandlungen über ein Visaverleichterungsabkommen bereit sei, davon, dass die belarussische Führung zwar nicht das Fenster öffnet, aber zumindest einen Fensterspalt offen halten möchte.

Fragliche Visaverleichterung

Allerdings ist die belarussische Seite meiner Ansicht nach nicht an einem raschen erfolgreichen Abschluss dieser

Verhandlungen interessiert. Denn es ist ihr nicht daran gelegen, dass die belarussischen Bürger mehr Reisemöglichkeiten in die EU erhalten. Dies zeigt sich daran, dass Belarus nichts dafür tut, damit die mit Litauen und Polen vor Jahren unterzeichneten Abkommen über den vereinfachten Grenzverkehr in grenznahen Regionen in Kraft treten können. Litauen und Polen haben bereits alle für die Umsetzung erforderlichen Ratifizierungsverfahren abgeschlossen, Belarus schiebt diesen Prozess jedoch immer wieder auf. Für diese Position lassen sich mehrere Gründe nennen:

1. Die belarussische Führung sieht in der Ratifizierungsverweigerung ein Mittel, mit dem sie die EU insgesamt sowie Litauen und Polen im Besonderen unter Druck setzen kann. Wenn die Nachbarstaaten an der Realisierung dieser Abkommen interessiert sind, dann sollen sie ihre Kritik an der Menschenrechtssituation und die Unterstützung für die Opposition in Belarus einstellen sowie die EU-Sanktionen beenden. Nur wenn es ein Entgegenkommen in diesen Fragen gibt, will die belarussische Führung ihre Blockadehaltung aufgeben.
2. Die belarussische Führung ist grundsätzlich nicht an einem Massenexodus ihrer Bürger in Richtung Westen interessiert. Damit teilt sie die Logik aller autoritären Regime, die an eine Festung erinnern und einen eigenen Sonderweg für sich in Anspruch nehmen, um ihre Alleinherrschaft zu sichern. Ihr Immunsystem ist darauf ausgerichtet, alle fremden Einflüsse von außen, welche den Freiheitsvirus in sich tragen, abzuwehren. Aus diesem Grunde werden auch – begleitet von vorgeschobenen gut meinenten Argumenten – die Möglichkeiten einer legalen Beschäftigung im Ausland eingeschränkt, drohen die Behörden mit der Einführung einer Ausreisesteuer in Höhe von 100 US-Dollar »pro Nase« und erschweren die Ausreise von Studenten zum Studium oder von Kindern zur Erholung etc. Denn der Vergleich des Lebensstandards, des Preisniveaus in den Geschäften und vieles andere fallen nicht zum Vorteil der »blühenden Republik Belarus« aus. Und die Führung muss verhindern, dass sich hierdurch das Mas-

senbewusstsein umorientiert. Denn die schlimmste Form des Gefängnisses ist die, bei der die Insassen überhaupt nicht ahnen, dass sie im Gefängnis leben.

3. Aleksjandr Lukaschenka und seiner nächsten Umgebung ist bekanntermaßen die Einreise in die EU-Mitgliedsländer verboten. Aus diesem Grunde gefällt es ihm verständlicherweise nicht, wenn die Bürger seines Landes aktiv reisen können.
4. Eine recht hohe Anzahl von Belarussen fährt ins Ausland, um einzukaufen. In Litauen, Lettland, Polen und der Ukraine sind die Preise für fast alle Waren deutlich niedriger als in Belarus – obwohl sie dort nicht wie bei uns durch den Staat kontrolliert werden. Wenn die Abkommen über den vereinfachten Grenzverkehr in grenznahen Gebieten in Kraft treten, würden die hierdurch begünstigten belarussischen Bürger noch mehr ausländische Waren kaufen. Dadurch würde das Handelsbilanzdefizit als zentrales Problem der belarussischen Wirtschaft weiter verschärft.

Wechselseitige Enttäuschung

Heute sind die EU und die Staaten der »Östlichen Partnerschaft« offensichtlich wechselseitig voneinander enttäuscht. Meiner Ansicht nach gibt es in der aktuellen Situation drei Handlungsoptionen für Brüssel. Als erstes könnte Brüssel versuchen, diese Staaten zu kaufen, indem es ihnen mehr finanzielle Ressourcen als Russland anbietet. Zweitens könnte die EU ihre Anforderungen senken und z. B. der Menschenrechtsfrage weniger Beachtung schenken. An erste Stelle würden damit geopolitische Überlegungen treten. Die Themen politische Gefangenen, freie Wahlen etc. kämen damit erst dann wieder auf die Agenda, nachdem es gelungen wäre, diese Staaten aus dem Einflussbereichs Russland zu ziehen. Im Falle einer weiteren Zuspitzung der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau wäre diese eine durchaus denkbare Option. Am Wahrscheinlichsten ist jedoch, dass die EU ihre Politik nicht ändern wird, sondern eine abwartende Haltung einnimmt. Denn sie hofft darauf, dass die erwarteten positiven Veränderungen, die man durch die »Östliche Partnerschaft« erreichen wollte, einfach nur mehr Zeit brauchen.

Über den Autor:

Walerij Karbalewitsch, Politikwissenschaftler, arbeitet für das Minsker Analysezentrum »Strategija«.

Lesetipp:

- Walerij Karbalewitsch: Rasotscharowanie ... [Enttäuschung ...], in: Swobodnye nowosti-plus, 4.12.2013, <<http://www.sn-plus.com/ru/page/diagnosis/3816/>>
- Walerij Karbalewitsch: Wisowyje peregowory ne rasmorosjat odnoschenie Minska i Brjusselja [Die Visaverhandlungen beenden nicht die Eiszeit in den Beziehungen zwischen Minsk und Brüssel], Belapan, 29.11.2013, <<http://udf.by/news/politic/91088-valeriy-karbalewitsch-vizovye-peregowory-s-es-ne-razmorozyat-otnosheniya-minska-i-bryusselya.html>>